



## **Schulgeldordnung für die Johannes-Prassek-Schule Lübeck**

### **Präambel**

Die Johannes-Prassek-Schule gGmbH (im Folgenden „Schulträger“) unterhält als freier Träger die allgemeinbildende christliche Johannes-Prassek-Schule in Lübeck. Hierfür erhält der Schulträger nicht kostendeckende staatliche Finanzhilfen. Die Eltern (alle Erziehungsberechtigten, denen die Sorge für die Person des Schülers zusteht) beteiligen sich zudem mit einem Schulgeld an der Finanzierung des Schulangebots.

Um einen vom Einkommen unabhängigen Zugang zur Johannes-Prassek-Schule Lübeck gewährleisten zu können, unterliegt die Erhebung des Schulgeldes einer sozialen Staffelung.

Rechtsgrundlage für die Verpflichtung zur Schulgeldzahlung ist der Schulvertrag, mit dessen Unterzeichnung die Anerkennung dieser SGO in der geltenden Fassung erfolgt. Zur Zahlung des Schulgeldes verpflichtet sind die unterzeichnenden Eltern/gesetzlichen Vertreter als Partner des Schulvertrages.

### **§ 1**

#### **Grundsätze für die Erhebung**

1. Der Regelsatz für das monatliche Schulgeld beträgt 180 EUR.
2. Für Gastschüler, die länger als zwei Monate die Schule besuchen, gelten die Regelsätze entsprechend Absatz 1 für den gesamten Aufenthalt.
3. Der Schulträger ist berechtigt, die Höhe und Staffelung des Schulgeldes anzupassen. Er muss Änderungen gegenüber den Eltern/gesetzlichen Vertretern mindestens 6 Wochen vorher bekanntgeben.

### **§ 2**

#### **Fälligkeit und Zahlweise des Schulgeldes**

1. Das Schuljahr beginnt unabhängig von der Klassenstufe am 1. August eines Jahres und endet unabhängig von der Klassenstufe am 31. Juli des Folgejahres.
2. Das Schulgeld ist bis zum 1. Werktag jeden Kalendermonats inklusive der Schulferien zu entrichten.
3. Empfänger des Schulgeldes ist der Schulträger.
4. Die Zahlung des monatlichen Schulgeldes erfolgt grundsätzlich im Lastschriftverfahren zum 1. Werktag des Monats. Gebühren des führenden Kreditinstituts für die Nichtausführung des Lastschriftmandats infolge fehlender Kontendeckung oder aufgrund unbegründeten Lastschriftwiderspruchs sind vom Zahlungspflichtigen zu tragen.

### **§ 3**

#### **Ermäßigung des Schulgeldes**

1. Auf schriftlichen Antrag kann eine Ermäßigung des Regelsatzes des Schulgeldes erfolgen:
  - a) bei Nennung mehrerer schulgeldpflichtiger Kinder eines Haushalts an der Schule und/oder





- b) anhand des nachgewiesenen Familiennettoeinkommens.
- Die Ermäßigungssätze ergeben sich aus der Schulgeldtabelle in der jeweils gültigen Fassung (Anlage).
  - Bei Sonderfällen oder außergewöhnlichen Umständen entscheidet die Geschäftsführung der Johannes-Prassek-Schule gGmbH über den Antrag auf Ermäßigung des Schulgeldes.

#### **§ 4**

#### **Verfahren für die Ermäßigung**

- Eltern/gesetzliche Vertreter, von denen ein oder mehrere Kinder gleichzeitig schulgeldpflichtig die Johannes-Prassek-Schule in Lübeck besuchen, können eine Ermäßigung des Schulgeldes nach § 3 Abs. 1a dieser SGO beantragen. Die Reihenfolge der Kinder entspricht den aufsteigenden Geburtsjahrgängen.
- Eltern/gesetzliche Vertreter, die aus finanziellen Gründen das Schulgeld nicht in voller Höhe zu leisten imstande sind, können eine Ermäßigung des Schulgeldes nach § 3 Abs. 1b dieser SGO beantragen.
- Der Antrag auf Ermäßigung des Schulgeldes ist über das Schulsekretariat beim Schulträger einzureichen. Der Schulträger entscheidet über die Bewilligung einer Ermäßigung und deren Höhe gemäß der Schulgeldtabelle in der jeweils gültigen Fassung (Anlage).
- Bemessungsgrundlage für eine einkommensbezogene Schulgeldermäßigung ist das Einkommen und Vermögen der Bedarfsgemeinschaft, der das Kind angehört. Zur Bedarfsgemeinschaft gehören in Anlehnung an die sozialrechtlichen Vorschriften die im Haushalt lebenden Eltern bzw. der im Haushalt lebende Partner des Elternteils und die dem Haushalt angehörenden Kinder.
- Hierbei ist eine rechtsverbindliche Selbstauskunft zum Einkommen (einschließlich gesetzlicher Leistungen, aber ohne Kindergeld) und zum Vermögen aller in demselben Haushalt lebenden Personen sowie entsprechende Nachweise in Kopie beizulegen.

Als Nachweise werden anerkannt:

- aktuelle Lohn- und Gehaltsabrechnungen der letzten drei Monate
- elektronische Lohnsteuerbescheinigungen
- EÜR / BWA (des Steuerberaters bei Selbständigen/Gewerbetreibenden)
- aktueller Einkommensteuerbescheid
- Bescheinigungen über Kapitalerträge
- Honorarabrechnungen
- Leistungen aus dem Asylbewerberleistungsgesetz
- Leistungs- / Wohngeld- / Elterngeld- / Kinderzuschlagsbescheid etc.

Bis zur Vorlage der für eine Ermäßigung des Schulgeldes relevanten Nachweise ist die Bearbeitung des Antrages nicht möglich und eine Ermäßigung ausgeschlossen.

- Eine Ermäßigung wird ab dem ersten Monat nach Eingang des vollständigen Antrages wirksam. Die rückwirkende Gewährung einer Ermäßigung ist ausgeschlossen.
- Bewilligte Ermäßigungen gelten für die Dauer des Schuljahres, für den der Antrag gestellt wurde, längstens für den Zeitraum, in dem die Bedingungen für die Gewährleistung unverändert bleiben. Die Eltern/gesetzlichen Vertreter sind verpflichtet, Änderungen – insbesondere der wirtschaftlichen Verhältnisse –, die die Zahlung eines höheren Schulgeldes ermöglichen, umgehend dem Schulträger mitzuteilen.





8. Der Schulträger hat das Recht, die Angaben zum Haushaltseinkommen und deren Aktualität regelmäßig zu überprüfen. Dazu haben die Eltern/gesetzlichen Vertreter auf Aufforderung des Schulträgers entsprechende Unterlagen fristgerecht einzureichen.
9. Kommen die Eltern/gesetzlichen Vertreter der Aufforderung des Schulträgers nicht innerhalb der gesetzten Frist nach, ist der Schulträger berechtigt, das Schulgeld für die Zukunft auf den Regelsatz anzuheben.
10. Zum Nachteil des Schulträgers festgestellte Abweichungen führen zu einer Nachforderung des zu wenig gezahlten Schulgeldes.
11. Mit der Offenlegung der Einkommensverhältnisse erteilen die Eltern/gesetzlichen Vertreter dem Schulträger die Zustimmung zur Speicherung derjenigen Daten, die als Grundlage der Entscheidung zur Ermäßigung des Schulgeldes dienen.

## **§ 5**

### **Folgen der Nichtzahlung des Schulgeldes**

1. Die schuldhafte nicht rechtzeitige Zahlung des Schulgeldes führt zum Verzugsseintritt gemäß § 286 Abs. 2 Ziffer 1 BGB, ohne dass es insoweit einer Mahnung seitens des Schulträgers bedarf. Die Kosten für die von dem Schulträger nach Verzugsseintritt versandten Mahnungen sind von dem Zahlungspflichtigen als Verzugsschaden zu tragen. Der Schulträger behält sich vor, offene Schulgeldforderungen durch einen Rechtsanwalt seiner Wahl außergerichtlich und ggf. gerichtlich durchzusetzen. Die hierdurch entstehenden Kosten fallen dem Zahlungspflichtigen im Falle des Obsiegens des Schulträgers zusätzlich zur Last.
2. Ein Rückstand von mindestens drei – nicht notwendig aufeinanderfolgenden – Monatsbeträgen kann zur außerordentlichen Kündigung des Schulvertrages gemäß § 5 des Schulvertrages führen.
3. Die Kündigung des Schulvertrages entbindet nicht von der Zahlungsverpflichtung für die Dauer des Vertragsbestandes.

## **§ 6**

### **Datenschutz und Inkrafttreten**

1. Die Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes, der Datenschutz-Grundverordnung und des kirchlichen Datenschutzgesetzes werden eingehalten.
2. Diese SGO tritt in ihrer geänderten Form zum 01.08.2024 für alle schulgeldpflichtigen Verträge in Kraft. Gleichzeitig tritt die Schulgeldordnung für die Johannes-Prassek-Schule vom 18.06.2023 außer Kraft.

Lübeck, den 15. Dezember 2023

Joachim Karschny  
Geschäftsführer





## Anlage zur Schulgeldordnung

### » Schulgeldtabelle

Familiennettoeinkommen in Euro (ohne Kindergeld)		Monatliches Schulgeld		
von	bis	1. Kind	2. Kind	ab 3. Kind
	1.500	28	20	14
1.501	1.800	62	42	20
1.801	2.100	90	62	42
2.101	2.400	125	83	62
2.401	2.700	152	97	76
2.701	3.000	180	125	104
3.001	3.300	180	152	125
über 3.300		180	180	145

### » Orientierungshilfe zur Zahlung eines freiwilligen Zusatzbeitrages

Mit einem monatlichen freiwilligen Zusatzbeitrag werden spezielle Stipendien für Kinder aus finanzschwachen Elternhäusern unterstützt.

Die Spende ist steuerlich absetzbar. Dazu erhalten die Spender nach Ablauf eines Kalenderjahres eine Zuwendungsbestätigung!

Der Betrag ist selbstverständlich *frei wählbar*. Eine Orientierungshilfe soll die nachfolgende Tabelle bieten. Der gewählte Beitrag ist auf dem SEPA-Lastschriftmandat unter „Zusatzbeitrag“ anzugeben und wird mit dem Schulgeld eingezogen.

Familiennettoeinkommen in Euro (ohne Kindergeld)	monatlicher Zusatzbeitrag (zzgl. Schulgeld) pro Familie in Euro
über 4.000	62
über 5.000	125
über 6.000	180